Polen - Pressespiegel 6/2026 vom **5.02.2026**

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Ein deutsches Geschichtsbuch widmet dem Einmarsch in Polen elf Zeilen. Die Opfer des Krieges sind hauptsächlich Juden und Deutsche
- Europessimismus ist gefährlicher als Europhobie
- Empörung über den Beitrag eines AfD-Abgeordneten über Polen. „Das ist wie Spucken ins Gesicht!“
- Geschwätz über die Sicherheit Europas
- „Leichterer Zugang zu Schusswaffen, Polens Austritt aus der EU.“ Konfederacja schafft eine Wahlplattform
- Insbesondere aus den Hauptstädten der nordischen Länder fließen auf diplomatischen Kanälen bittere Worte nach Warschau

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

wyborcza.pl

Ein deutsches Geschichtsbuch widmet dem Einmarsch in Polen elf Zeilen. Die Opfer des Krieges sind hauptsächlich Juden und Deutsche

Quelle: materiały wydawnictwa

*Von **Kamil Frymark***

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung eines Kapitels aus dem Buch „Im Dienste der Zukunft", das im Dezember 2025 vom Ośrodek Studiów Wschodnich herausgegeben und von Anna Kwiatkowska redigiert wurde.

Trotz der zunehmenden Bedeutung neuer Technologien sind es nicht soziale Medien, sondern Lehrbücher, die weiterhin das schulische Wissen über die Vergangenheit prägen. Gerade im Zeitalter von Desinformation und Algorithmen, die jungen Menschen immer extreme Inhalte präsentieren, gehören Geschichtsbücher zu den letzten stabilen und meist verlässlichen Wissensquellen. Daher ist ihr Inhalt – und was sie nicht enthalten – von größter Wichtigkeit. Gleichzeitig fungieren sie als Indikator für historische Entwicklungen.

Die deutschen Lehrbücher zeigen deutlich, was im deutschen Gedächtnis – insbesondere des 20. Jahrhunderts – am wichtigsten ist: die Fokussierung auf den Holocaust und die Diktatur des Nationalsozialismus. In dieser Erzählung sind die Opfer vor allem Juden und Deutsche – oft dargestellt als eine Gesellschaft, die versklavt, eingeschüchtert und im System verstrickt war. Und der Rest Europas?

Polen, Ukrainer, Belarussen und sowjetische Zivilisten tauchen selten und nur dann auf, wenn es unbedingt nötig ist.

Vor Jahrzehnten schrieb der deutsch-jüdische Publizist Ralph Giordano über die in der deutschen Geschichtsschreibung verankerte „Hierarchie der Opfer“: Juden und Westeuropäer stünden an erster Stelle, gefolgt von Opfern aus dem Osten. Diese Hierarchie ist in deutschen Schulbüchern noch immer deutlich erkennbar, auch wenn gelegentlich Versuche unternommen werden, sie aufzubrechen.

Ein „derzeit umstrittener“ Fall

Wir analysierten Lehrbücher der Reihe „Horizonte“ von Westermann, die für den Geschichtsunterricht an weiterführenden Schulen in Berlin und Brandenburg bestimmt sind. Wir berücksichtigten drei Bände: Der erste, erschienen 2016, richtet sich an die Klassenstufen 7 und 8 und führt in die Moderne und die Veränderungen ein, die zu den Ereignissen des 19. Jahrhunderts führten. Die beiden folgenden Bände aus dem Jahr 2018 behandeln die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zusätzlich bezogen wir den Geschichtslehrplan für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit ein.

Die Bilder von Polen, Frankreich und Israel in deutschen Schulbüchern sind vielfältig. Im Falle Israels steht die Darstellung der Juden und des Holocaust im Mittelpunkt. Nach 1948 erscheint Israel vor allem als Akteur im Nahostkonflikt, während soziale Veränderungen, die Wirtschaft und das Leben der jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland nur wenig Beachtung finden. Frankreich hingegen nimmt den größten Raum ein – teils aufgrund seiner Rolle in der europäischen Geschichte, teils aufgrund seiner Sonderstellung in der deutschen Politik. Es ist abwechselnd Vorbild, Partner und Gegner, Objekt der Faszination und des Grolls. Doch es ist präsent.

Im Falle Polens fällt das fehlende tiefergehende Interesse jedoch auf. Von der deutschen Regierung als strategischer Partner und mitunter Freund definiert, taucht Polen in deutschen Schulbüchern nur dann auf, wenn es nicht ignoriert werden kann – etwa bei der Beschreibung des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs oder gelegentlich bei der Diskussion über die Aufteilung Europas nach 1945 –, ansonsten jedoch kaum.

Ein markantes Beispiel für Polens Ausblendung im Geschichtsunterricht ist die Frage der Teilungen. Schüler der siebten und achten Klasse sehen lediglich eine Karte der „Eroberungen Friedrichs II.“, der als Reformer und Modernisierer Preußens dargestellt wird. Diese territoriale Expansion, die Hunderttausende Menschenleben kostete, wird in den Lehrbüchern nur als „derzeit umstritten“ beschrieben, und die Kritik beschränkt sich auf innerpreußische Angelegenheiten.

Eines der wenigen Fragmente, in denen Polen als Partner Deutschlands erscheinen, ist die Beschreibung der Großen Auswanderung nach dem Novemberaufstand und der Solidarität mit den Polen während des Hambacher Festes – des deutschen Freiheitsaufstands, an dem sich auch Polen beteiligten.

Symmetrie auf Deutsch

Im Brandenburger Schulbuch wird Polens Verteidigungskrieg im September 1939 nur sehr kurz – in lediglich elf Zeilen – zusammengefasst und oberflächlich dargestellt. Besonders problematisch ist die Formulierung, die Sowjetunion habe „erst nach Polens Kapitulation“ interveniert. Dies ist ein sachlicher Fehler und verzerrt den Kontext des Molotow-Ribbentrop-Pakts. Der Name „Katyń“ taucht nicht auf, und das Verbrechen des NKWD wird allgemein beschrieben, ohne dessen Ausmaß oder Bedeutung zu verdeutlichen. Auch wird nicht erwähnt, dass infolge der deutschen Besatzung etwa sechs Millionen polnische Bürger ums Leben kamen.

Das völlige Fehlen jeglicher Erwähnung des Aufstands im Warschauer Getto, des Warschauer Aufstands selbst und der Zerstörung der Hauptstadt sowie des Ausmaßes der zivilen Opfer und der materiellen Zerstörung ist eklatant. Zwar wird die Besetzung Polens auf einer separaten Seite behandelt und eines der Fotos – die Hinrichtung polnischer Zivilisten – mit einer verlässlichen Bildunterschrift versehen, doch konzentriert sich der Text primär auf administrative und kulturelle Aspekte und blendet die Dimensionen von Terror, Zwangsarbeit, Deportationen in Lager und der systematischen Vernichtungspolitik aus.

Die untersuchten Materialien – charakteristisch für die deutsche Geschichtsschreibung – verdeutlichen insbesondere das Leid der deutschen Zivilbevölkerung: Das Thema der alliierten Bombenangriffe nimmt fast vier Seiten ein, mit zahlreichen Übungen, Daten zu 600 000 Opfern und der Zerstörung von vier Millionen Häusern sowie ausführlichen, emotionalen Schilderungen der täglichen Not (darunter Luftschutzbunker, Nächte im Keller und der Verlust von Haus und Hab und Gut). Hinzu kommt eine Darstellung der sozialen Probleme im Deutschland der Kriegszeit – Trennungen, abwesende Väter, Mütter, die in Fabriken arbeiteten –, die das Bild einer leidenden, engagierten und doch weitgehend unwissenden Gesellschaft zeichnet.

Das Problem des Widerstands wurde ebenso einseitig angegangen: Er wurde als ein Phänomen dargestellt, das „von Beginn“ des Dritten Reichs an existierte, fast ausschließlich in einer deutschen Ausprägung, mit konkreten Namen und identifizierten Gruppen. Widerstandsbewegungen in anderen Ländern – darunter Polen – wurden auf einen einzigen Satz über „Partisanenkrieg“ reduziert und dann der brutalen Repression der Besatzer gegenübergestellt, indem behauptet wurde, „beide Seiten hätten große Gräueltaten begangen“. Dies führte zu einer ungerechtfertigten Symmetrie und verwischte die Grenze zwischen Täter und Opfer.

Neue deutsche Jugend

Es liegt nicht daran, dass Geschichte in Deutschland überholt wäre und es niemanden mehr gäbe, für den man neue, überarbeitete Schulbücher schreiben könnte. Deutsche Jugendliche interessieren sich für Geschichte. Das gaben 47 % in einer Studie der Universität Bielefeld (Memo-Studien) aus dem Jahr 2023 an. Weiterhin gefällt ihnen das Fach in der Schule. Die Probleme – und damit die Notwendigkeit, den deutschen Ansatz zu korrigieren – beginnen erst bei genauerer Betrachtung.

Dieselbe Umfrage ergab, dass 20 % der jungen Deutschen glauben, ihre Vorfahren seien Opfer des Zweiten Weltkriegs gewesen, und 15 % glauben, ihre Vorfahren hätten den Opfern geholfen. Fragt man nach diesen Opfern, so waren es vorwiegend Juden (88 %), gefolgt von Kranken und Behinderten (40 %), Roma (31 %), Homosexuellen (24 %), Menschen nicht-arischer Herkunft (14 %), politisch Verfolgten (8 %), Regimegegnern (7 %) und Angehörigen bestimmter nationaler Gruppen (3 %). Polen waren kaum zu finden.

Doch nicht nur Lehrbücher prägen das Bewusstsein der jungen Generation. Auch die sich verändernde ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft spielt eine bedeutende Rolle. Laut Volkszählung von 2023 haben 41 % der Jugendlichen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Deutschland einen Migrationshintergrund, und im Schuljahr 2024/2025 besaßen 1,9 Millionen der rund 11,4 Millionen Schüler (16 %) nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Schüler, deren Eltern aus Syrien, der Türkei oder Afghanistan stammen, bringen ein anderes Gedächtnis und eine andere historische Sensibilität mit. An der Schnittstelle dieser Erfahrungen mit der deutschen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust entstehen heute die heftigsten Auseinandersetzungen – sowohl im Unterricht als auch im Verhältnis zu den Eltern.

Die AfD fordert „Veränderungen in der Erinnerungskultur“

Diese Spannungen traten besonders nach dem Hamas-Angriff auf Israel im Oktober 2023 und der israelischen Reaktion deutlich zutage. An vielen deutschen Schulen kam es zu antisemitischen Übergriffen und offenen Konflikten im Kontext des Geschichtsunterrichts, bei Museumsbesuchen und Diskussionen über das heutige Israel. Ähnliche Probleme, wenn auch in geringerem Ausmaß, traten im Kontext des Krieges Russlands gegen die Ukraine auf, insbesondere in Klassen mit einem hohen Anteil russischsprachiger Schüler. Für die Lehrkräfte bedeutet dies, Geschichtsunterricht in einem zunehmend polarisierten Umfeld mit begrenzten Ressourcen und wachsendem Personalmangel zu erteilen.

Politische Veränderungen verschärfen die demografische Lage. Der wachsende Einfluss der rechtsextremen AfD stellt eine zunehmend ernste Herausforderung für den Geschichtsunterricht dar. Ihr Vorsitzender in Thüringen, Björn Höcke, fordert einen „180-Grad-Wandel in der Erinnerungskultur“, plädiert für eine „positive Haltung zur Vergangenheit“ und präsentiert die bestehende Erinnerung an die NS-

Verbrechen als Ergebnis von „Umerziehung“ nach 1945. Die Bezeichnung des Berliner Denkmals für die ermordeten Juden Europas als „Denkmal der Schande“ spiegelt diese Denkweise treffend wider, die innerhalb der Partei keineswegs einzigartig ist. Ein möglicher Machtantritt der AfD in den osteuropäischen Bundesländern bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt im nächsten Jahr, wo die Partei auf über 40 Prozent Zustimmung stößt, würde den Weg für Einschränkungen bei der Finanzierung von Gedenkstätten, eine Überarbeitung der Lehrpläne und Druck auf Schulbuchverlage ebnen.

Veränderung ist möglich

Die Folgen von Wissenslücken über Mittel- und Osteuropa und eines verzerrten Bildes der Region beschränken sich nicht auf die Innenpolitik. In ihrem Buch „Offene Wunden Osteuropas“ argumentieren Franziska Davies und Katja Makhotina, dass mangelnde Kenntnisse der Geschichte der östlichen Nachbarn – oder vielmehr ein fehlendes Interesse an diesem Teil Europas – dazu beitrugen, dass der Ukraine nach 2014 keine klare und wirksame Hilfe geleistet wurde. Erst der umfassende Angriff auf Kiew im Jahr 2022 erzwang eine Korrektur dieser Haltung – und selbst dann erst mit Verzögerung. Die Frage der Forscherinnen, ob Deutschland tatsächlich die richtigen Lehren aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs gezogen hat und wie es sein kann, dass es nach über 80 Jahren beispielsweise so wenig über den Warschauer Aufstand weiß, führt zurück zur Geschichtsbildung.

Eine Veränderung des Polenbildes in deutschen Schulbüchern und der deutschen Gesellschaft insgesamt ist möglich, erfordert aber einen langfristigen, systemischen Ansatz und das Engagement vieler Akteure. Ein kontinuierlicher Dialog mit den zuständigen Landesbehörden für Bildung ist unerlässlich – insbesondere in Berlin und Brandenburg, aber auch in Sachsen. Dieser Dialog muss sowohl die Lehrpläne und die Schulbücher selbst als auch die Infrastruktur der Gedenkstätten umfassen. Die für die Wissensvermittlung verantwortlichen Berufsgruppen benötigen Unterstützung: Museumspädagogen, Autoren von Unterrichtsmaterialien und vor allem Lehrkräfte. Ohne ihr Interesse und ihre Expertise wird selbst das beste Schulbuch den Unterricht nicht verändern.

Aus deutscher Sicht bedeutet ein besseres Verständnis der Geschichte Polens und der Region eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber russischer Desinformation und eine realistischere Sicht auf die Sicherheitspolitik im Osten. In diesem Sinne ist die Korrektur der Darstellung Polens in Geschichtsbüchern keine wohlwollende Geste gegenüber dem Nachbarn, sondern eine Investition in die Qualität der öffentlichen Debatte in Deutschland und in die Sicherheit Deutschlands selbst.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/alehistoria/7,121681,32523596,w-niemieckim-podreczniku-agresji-na-polske-poswiecono-11-linijek.html

ANDRZEJ MLECZKO

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
http://www.mleczko.pl/ und http://www.sklep.mleczko.pl/

wyborcza.pl

Europessimismus ist gefährlicher als Europhobie

REUTERS/Piroschka Van De Wouw

*Von **Piotr Buras**, Direktor des Warschauer Büros des Think-Tanks European Council on Foreign Relations*

Europessimismus, also die fatalistische Annahme, dass die EU zum Scheitern verurteilt sei, infiziert nicht nur ihre Gegner, sondern vor allem ihre Befürworter. Und kann so zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden.

Je stärker die globalen Großmächte ihre Muskeln spielen lassen, desto schwächer und schwerfälliger wirkt die Europäische Union. Unter der Führung Donald Trumps verwandeln sich die Vereinigten Staaten vom Garanten einer regelbasierten internationalen Ordnung zur Brutstätte ihrer Zersetzung. China versucht seit geraumer Zeit, seine eigenen Spielregeln durchzusetzen. Europa ist den neuen Zeiten nicht gewachsen und nicht in der Lage, sich in einer Realität zurechtzufinden, in der das Faustrecht mehr gilt als die Bestimmungen von Verträgen. Das sagen nicht nur erbitterte Gegner der EU, sondern auch Euroenthusiasten, die von ihrer Machtlosigkeit enttäuscht sind. Sowie politische Führungspersönlichkeiten wie Mario Draghi, Mark Rutte oder Wolodymyr Selenskyj.

Die Europäische Union ist gespalten und dadurch unfähig, Entscheidungen zu treffen. Zugleich ist sie unter dem französisch-deutschen Stiefel zentralisiert und dient ausschließlich der Durchsetzung der Interessen dieser Staaten. Europa ist ein Kontinent im wirtschaftlichen Niedergang, zur unvermeidlichen Marginalisierung verurteilt, verhaftet in einer Welt, die es nicht mehr gibt. Auf den amerikanischen

Sicherheitsschirm angewiesen und zugleich von strategischer Autonomie träumend. Naiv, jämmerlich und aus der Zeit gefallen.

Die Litanei aus Klagen und Vorwürfen, auf der die in den vorangegangenen Absätzen zusammengefasste Erzählung aufbaut, ist lang. Diese Erzählung ist nicht immer kohärent, oft sogar in sich widersprüchlich. Die Kritik an der Schwäche der Union vermischt sich darin nicht selten mit Widerstand gegen Maßnahmen, die sie stärken könnten (etwa gegen die Abschaffung des Vetorechts). So oder so wird die Europäische Union, und in einem weiteren Sinne auch Europa, zunehmend von einem Objekt des Stolzes und der Sehnsucht zu einem Gegenstand des Spottes und des Bedauerns, auch in Polen.

Meinungsumfragen zeigen einen deutlichen Anstieg der Zahl der Befürworter eines Polexits oder jener, die sich vorstellen können, dass Polen auch außerhalb der Europäischen Union zurechtkäme. So denkt laut den Erhebungen von United Surveys oder Le Grand Continent aus dem vergangenen Jahr etwa jeder vierte Pole. Doch nicht diese Zahlen sind die bedeutendsten und beunruhigendsten. Schwerer wiegt das Gefühl, das immer weitere Kreise zieht, nicht nur bei uns, dass die Europäische Union nicht in der Lage sei, den Herausforderungen gerecht zu werden, vor denen sie steht: der Notwendigkeit, ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, dem Bedarf, ausreichende Verteidigungsfähigkeiten zu erlangen, dem Anspruch, in der Welt mit einer Stimme zu sprechen, oder der Durchführung der Energiewende.

Europessimismus infiziert die Befürworter der EU

Es geht also keineswegs um die Ablehnung der Europäischen Union an sich, also um Europhobie oder gar Euroskeptizismus. Eine stärkere und politisch bedeutsamere Emotion wird der Europessimismus, die fatalistische Annahme, dass die EU so oder so zum Scheitern verurteilt sei. Er infiziert nicht nur ihre Gegner, sondern vor allem ihre Befürworter. Und kann auf diese Weise zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden.

Wenn die Europäische Union also nur eine Struktur für gutes Wetter ist, also passend zu einer Welt, die auf liberalen Werten und funktionierenden multilateralen Strukturen basiert, wozu sollte man in ein Projekt investieren, das unter den Bedingungen der neuen Realpolitik bestenfalls einem Papiertiger gleicht? Dahinter verbirgt sich ein interessanter, zugleich aber auch gefährlicher Widersinn: Unter den Europäern, die über die globale Instabilität besorgt sind, wächst die Sympathie für die Union, gleichzeitig sinkt jedoch das Vertrauen in ihre Fähigkeit, eine Politik umzusetzen, die der Größenordnung der Herausforderungen gerecht wird.

Die aktuelle Tendenz in diese Richtung ist aus vielen Gründen beunruhigend. Vor allem führt sie zur Delegitimierung der Union, die, daran sollte niemand zweifeln, für alle Europäer ohne Ausnahme das einzige sinnvolle Instrumentarium im neuen globalen Kräftegefüge darstellt. Europäische Zusammenarbeit und Integration waren vermutlich noch nie so grundlegend wichtig wie heute. Politik, die auf Gewalt basiert, sei es seitens Russlands, Chinas oder der Vereinigten Staaten, macht uns auf Schritt und Tritt die Schwäche und Bedeutungslosigkeit der einzelnen Nationalstaaten auf dem Alten Kontinent bewusst. Gleichzeitig entwickelt sich diese Erzählung von einem Schneeball zu einer Lawine, die die EU als Produkt einer anderen Epoche diskreditiert, aber keinen Ersatz bietet. Eine reale Alternative zur EU, wie wir sie kennen, gibt es auf politischer und institutioneller Ebene nicht, keine Struktur wäre deutlich effektiver, leistungsfähiger oder demokratischer als sie.

Es gibt keine Zustimmung – hier werden sicherlich alle Euroskeptiker und Eurorealisten begeistert klatschen –, die Union zu föderalisieren und einen „Superstaat“ zu schaffen, auch wenn manche in polemischem Eifer behaupten, ein solcher existiere längst. Ein Versuch einer Selbstaufgabe wäre hingegen, was offenbar Präsident Karol Nawrocki vorschlägt (vgl. seine Rede in Prag am 24. November 2025), die Integration auf Kosten der Kompetenzen zurückzudrehen, die bisher den EU-Institutionen übertragen wurden (wobei die Mitgliedstaaten, wie wir erinnern, ohnehin das entscheidende Stimmrecht haben). Überall entdecken die Länder der Union, dass sie enger zusammenarbeiten müssen, sei es beim Kauf von Impfstoffen, bei Investitionen in die Verteidigung, bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen oder bei der Regulierung von Big Tech. Das muss nicht zwangsläufig dazu führen, zusätzliche Kompetenzen auf supranationaler Ebene abzugeben. Aber gemeinsames Handeln geht unweigerlich mit

der Notwendigkeit einher, manchmal schwierige Kompromisse auf Kosten partikularer Interessen einzugehen. Man kann nicht den Kuchen essen und ihn gleichzeitig behalten.

In Polen dominiert ebenfalls eine defensive Sprache über die EU

Europessimismus ist heute gefährlicher als Europhobie, weil er immer häufiger denen das Wort verschließt, die Lösungen fördern könnten, die einer notwendigen Stärkung der Zusammenarbeit in der Union dienen. Wenn das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der EU schwindet, erscheint ihre Unterstützung politisch als ein riskantes Unterfangen. Auch in Polen dominiert eine defensive Rhetorik über die Union, trotz der kürzlichen EU-Präsidentschaft und einer eindeutig proeuropäischen Regierung. In der öffentlichen Debatte wird mehr über den Schutz polnischer Interessen gegen angebliche Einmischungen der EU gesprochen (Mercosur-Abkommen, ETS2, Haushalt, Handel mit der Ukraine), als darüber, wie diese Interessen in der und mit der Union tatsächlich umgesetzt werden.

Doch diese Strategie hat kurze Beine, wie die Regierung offenbar allmählich erkennt: Das Mitschwimmen auf der Welle des Europessimismus dient politisch vor allem jenen, die mit Kritik und Delegitimierung der Union deutlich glaubwürdiger auftreten als die Parteien des liberalen und linken Mainstreams.

Europessimismus zu bekämpfen kann natürlich nicht heißen, die Realität zu verleugnen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten befinden sich in der schwierigsten Lage seit Jahrzehnten, nicht zuletzt aufgrund eigener Fehler und Versäumnisse. Letztere liegen in der Regel bei den Mitgliedstaaten selbst und sind nicht die „Schuld“ der Europäischen Union als Form ihrer Zusammenarbeit und Integration. Diese Form ist nicht perfekt, bleibt aber nach wie vor äußerst wirksam, selbst angesichts der sich rasant verändernden Bedingungen in der internationalen Politik. Die Union hat dies in den vergangenen Monaten und Jahren vielfach unter Beweis gestellt. Doch ihre greifbaren Erfolge werden zu oft nur mit Schulterzucken zur Kenntnis genommen, während Schwächen und Misserfolge mitunter ungesunde Emotionen hervorrufen.

Nehmen wir die Unabhängigkeit vom Import russischer Rohstoffe. Die Union hat gerade erst beschlossen, deren Import ab 2027 vollständig zu verbieten, doch die drastische Reduktion von Gas- und Erdölmengen aus Russland fand bereits früher statt. Länder, die zuvor stark vom russischen Gas und Öl abhängig waren, insbesondere Deutschland, haben sich vollständig davon zurückgezogen, andere haben ihre Einkäufe auf minimale Mengen reduziert. Im Jahr 2021 importierten wir innerhalb der EU über Pipelines 144 Milliarden Kubikmeter Gas von Gazprom. Im Jahr 2025 waren es nur noch 18 Milliarden Kubikmeter (Import nach Ungarn und Slowakei). Dass der Import von Flüssiggas aus Russland 2025 auf 20 Milliarden Kubikmeter stieg, ändert nichts daran, dass eine echte Revolution stattgefunden hat, die die Sicherheitslage Europas radikal verändert, ganz im Einklang mit den jahrelangen Bemühungen Polens.

Dies ist ein enormer, bislang wenig beachteter Erfolg, der im Moment des Ausbruchs des Krieges in der Ukraine noch unvorstellbar war. Zwar sind die Energiepreise gestiegen, doch es ist keine Katastrophe eingetreten. Die europäischen Länder haben die riskante Transformation der Energieversorgung gerade dank der EU und ihrer Mechanismen überstanden. Ohne sie wäre es überhaupt nicht möglich gewesen.

Portugal, Irland und Griechenland gehören zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften

Die bitteren Worte von Präsident Wolodymyr Selenskyj gegenüber den Europäern, geäußert in Davos, sind verständlich. Doch die Unterstützung der Ukraine in den letzten vier Jahren ist ein Beweis dafür, dass die Union, trotz politischer Spaltungen, divergierender Interessen und institutioneller Einschränkungen, in der Lage war, die Ukraine effektiv in ihrem Kriegseinsatz zu unterstützen. Der Wert der europäischen Hilfe belief sich Ende Oktober auf 188 Milliarden Euro, also über 70 Milliarden Euro mehr als seitens der Vereinigten Staaten. Kürzlich konnten 90 Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre gesichert werden. Man mag kritisieren, dass die EU die eingefrorenen russischen Mittel dafür (noch?) nicht genutzt hat. Entscheidend ist jedoch vor allem, dass Kiew die Mittel hat, um Waffen und laufende Ausgaben zu bezahlen. Auch dies wäre ohne die Europäische Union nicht möglich gewesen. Sie sichert als Ganzes die gemeinsame Verschuldung, die kein einzelner Staat für die Ukraine allein aufnehmen würde.

Zuletzt hat die Union außerdem bewiesen, dass sie in der neuen geopolitischen Spielart handlungsfähig ist, indem sie weitreichende Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern und Indien geschlossen hat. In Polen stieß dies jedoch auf wenig Anerkennung, da die Debatte von den Interessen der Geflügel- und Rindfleischproduzenten dominiert wurde. Eine engere Zusammenarbeit mit diesen mittelgroßen Mächten ist jedoch die beste Strategie für Europa, um seine wirtschaftlichen, handelsbezogenen und Rohstoffinteressen im Umgang mit China und den Vereinigten Staaten zu verteidigen. Genau darauf wies der kanadische Premierminister Mike Carney in seiner viel beachteten Rede beim Davos-Forum hin.

Auch in der Frage Grönlands und der Drohungen Donald Trumps hat die Europäische Union Stärke gezeigt, indem sie diplomatisch mit umfangreichen wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen drohte. Würde dies Trump beeindrucken, wenn ihm eine solche Reaktion nur von einer Koalition skandinavischer Staaten entgegnet worden wäre? Auch in dieser Angelegenheit hat die EU ihre Kraft demonstriert.

Es wird auch zunehmend darauf hingewiesen, dass die These von der wirtschaftlichen Schwäche der Union stark übertrieben ist. Deutschland tätigt derzeit Investitionen in bisher ungekanntem Umfang, was der Konjunktur in ganz Europa zugutekommen wird. Laut The Economist gehörten im Jahr 2025 von den zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften sieben zu Europa. Darunter Portugal, Irland und Griechenland, die noch vor einem Jahrzehnt als Beispiel für das angebliche Scheitern der europäischen Integration bei der Angleichung wirtschaftlicher Potenziale galten. In letzter Zeit erregten Berechnungen eines der bekanntesten Ökonomen, Gabriel Zucman, Aufsehen, die zeigen, dass die Produktivität der europäischen Wirtschaft keineswegs so stark hinter der der USA zurückbleibt, wie man gemeinhin annimmt.

Es besteht kein Zweifel, dass die Europäische Union heute vor Problemen von epochaler Tragweite steht. Doch der Europessimismus, der derzeit die europäischen Gesellschaften erfasst, ist nicht nur ein schlechter Ratgeber. Er ist auch das Ergebnis einer Verzerrung der Realität, die wir allzu oft durch die Brille eingängiger Vereinfachungen wahrnehmen. Die Europäische Union bleibt das beste Instrument, mit dem ihre Mitgliedstaaten, darunter auch Polen, auf den tiefgreifenden globalen Wandel reagieren können, dessen wir Zeugen sind. Und sie verfügt über alle Mittel, um ihre Interessen zu verteidigen. Es sei denn, wir glauben an die Geschichte von einem überholten Europa, das nur noch auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Putin, Xi und Trump warten nur darauf.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75968,32563175,europesymizm-jest-groznieiszy-niz-eurofobia.html#s=S.opinion-K.P-B.1-L.2.zw

onet.pl

Empörung über den Beitrag eines AfD-Abgeordneten über Polen. „Das ist wie Spucken ins Gesicht!“

Quelle: Andreas Gora / PAP

Kay Gottschalk, Abgeordnete der Alternative für Deutschland (AfD), sieht sich heftiger Kritik ausgesetzt. Der deutsche Politiker hatte erklärt, Polen müsse Reparationen für seine „Mitschuld am Sprengstoffanschlag auf Nord Stream“ zahlen. Diese Äußerungen lösten in der Regierung Empörung aus. „Absolut skandalös“, sagte Ministerin Agnieszka Dziemianowicz-Bąk. Auch die Politiker der Konfederacja, die angesprochen wurden, äußerten sich dazu.

Kay Gottschalk, ein Abgeordneter der rechtspopulistischen AfD, sagte, Polen solle Deutschland für seine „Mitschuld an der Sprengung von Nord Stream“ Reparationen zahlen, und kündigte an, dass er sich dafür einsetzen werde, sollte er Finanzminister werden.

AfD-Abgeordneter wirft Polen vor, Nord Stream gesprengt zu haben. Er fordert Reparationen

„1,3 Billionen Euro sollten als Entschädigung für die Mitschuld am Sprengstoffanschlag auf Nord Stream ausreichen. Meine erste Amtshandlung als Finanzminister wird die Geltendmachung dieser Ansprüche gegen Polen sein“, postete Gottschalk auf der Plattform X.

Am Ende des Beitrags merkte er an: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten“, und fügte die polnische Flagge und ein blaues Herz (die Farbe der AfD) hinzu.

Gottschalk ist einer der Fraktionsvorsitzenden der AfD und seit 2017 ununterbrochen Mitglied des Bundestages. Er fungiert als finanzpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Er war 2013 einer der Parteigründer und leitet die Fraktionsstrukturen in Nordrhein-Westfalen.

Dies ist nicht die einzige kontroverse Äußerung des Politikers in den letzten Tagen. Medien beiderseits der Oder berichten ausführlich über Gottschalks Tonaufnahme, in der er Atomwaffen für Deutschland fordert.

Empörung über den Beitrag eines AfD-Abgeordneten zu Polen. „Absolut skandalös“

Die Äußerung des AfD-Abgeordneten stieß in Polen auf heftige Kritik, Regierungsbeamte reagierten scharf.

„Ich habe von der PiS oder Konfederacja keine Verurteilung des Vorschlags ihres AfD-Verbündeten gehört, Polen wegen der angeblichen Sabotage von Nord Stream mit einer hohen Geldstrafe zu belegen. Der Patriotismus verliert gegenüber dem Hass“, schreibt Marcin Kierwiński, Innenminister.

„Absolut skandalöse Worte. Ich würde gerne eine Stellungnahme von den Kollegen dieses Herrn aus der Konfederacja hören, der offenbar nicht nur dem Osten, sondern auch solch extremen Positionen und Gruppierungen aus dem Westen wohlgesinnt ist“, kommentierte Agnieszka Dziemianowicz-Bąk, Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik, gegenüber Polsat News.

Die angesprochenen Politiker der Konfederacja ergreifen das Wort: „Herr Gottschalk, abgesehen von der Absurdität Ihrer Forderung, ziehen Sie diese bitte von den Kriegsreparationen ab, die Polen für die im Zweiten Weltkrieg an Polen begangenen Verbrechen zustehen. Sie werden uns immer noch mehrere Milliarden Zloty zahlen müssen“, kommentiert die Europaabgeordnete Ewa Zajączkowska-Hernik.

„Ich sehe, dass Herr Gottschalk die Zahl von 1,3 Billionen Euro aus dem polnischen Kriegsverlustbericht perfekt auswendig gelernt hat. Der Versuch, diese Summe als Forderung für eine Gasleitung zu ‚beanspruchen‘, ist eine eklatante Provokation. Wenn der künftige deutsche Finanzminister über Billionen sprechen will, laden wir ihn ein, über die Zerstörung Warschaus und die ausstehenden Entschädigungszahlungen für den Zweiten Weltkrieg zu diskutieren!“, sagt Łukasz Rzepecki, ein ehemaliger Berater von Präsident Andrzej Duda, der sich der Konfederacja anschloss.

Der Europaabgeordnete Waldemar Buda von der PiS nutzte die Worte des deutschen Politikers, um die Konfederacja anzugreifen. „Sehr geehrter Abgeordneter Stanisław Tyszka, Sie müssen unverzüglich bei Ihren AfD-Kollegen im Europäischen Parlament intervenieren; dies ist eine Angelegenheit von nationaler Bedeutung“, schrieb er.

„Die Freunde der Konfederacja und der PiS aus der deutschen AfD verfolgen einen klaren Plan: Polen im Namen der Verteidigung von Putins Interessen finanziell zu ruinieren. Wenn die polnische Rechte nach diesen Ankündigungen einer Strafe von 1,3 Billionen Euro die Kontakte zu ihnen nicht abbricht, bedeutet das, dass sie ein gänzlich fremdes Szenario verfolgen. Kurz gesagt“, kommentiert KO-Senator Waldy Dzikowski.

„Es ist schockierend, dass dies überhaupt erklärt werden muss: Die AfD ist ein Feind der polnischen Staatsräson. 1,3 Billionen Euro für Nord Stream zu fordern, ist ein Hohn. Und die Politiker von PiS und Konfederacja, die mit ihnen paktieren, sollten sich schämen“, betont der Abgeordnete der Bürgerkoalition, Artur Łącki.

Zsfg.: JP

https://www.onet.pl/informacje/onetwiadomosci/burza-po-wpisie-posla-afd-na-temat-polski-plucie-nam-w-twarz/vjymr6x,79cfc278

interia.pl

Geschwätz über die Sicherheit Europas

Quelle: NICOLAS TUCATAFP

*Von **Jarosław Kuisz***

In Brüssel erklärte NATO-Generalsekretär Mark Rutte, man solle aufhören, den Europäern Märchen darüber zu erzählen, sie könnten ihre Sicherheit auf eigene Faust gewährleisten. Mit dieser Sichtweise kommt der Militärpolitik des Alten Kontinents folglich überhaupt keinerlei Bedeutung zu.

Eine politische Krise hat, wie eine Medaille, immer zwei Seiten. Auf der einen sieht man erschrockene Gesichter, die Angst vor einer abrupten und unerwarteten Veränderung. Auf der anderen Seite dieser Medaille jedoch erkennt man die suchenden Blicke jener, die im Krisenfall eine Chance für sich sehen.

Nicht anders ist es auch diesmal. Während in Europa die unmittelbaren Nachbarn Russlands eine weitere Runde ihrer Angst um die eigene Souveränität durchleben, überlegen andere, etwas weiter entfernt liegende Länder, wie sich das gegenwärtige geopolitische Puzzle zu ihrem Vorteil drehen ließe. Und vielleicht sogar dauerhaft.

Zwei Seiten der Medaille

Daher erleben die Ideen einer strategischen Autonomie Europas in den Jahren 2025/2026 ein großes Comeback. Neu ist dieser Gedanke nicht. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg dachte man über eine

militärisch optimale Lösung für den Alten Kontinent nach. Nach einigem Zögern entschied man sich schließlich für den amerikanischen Schutzschirm, der den Namen NATO erhielt und jahrzehntelang Bestand hatte.

Einst waren es die Franzosen, die sich den Plänen für eine europäische Armee widersetzten. Heute haben sie die Seiten gewechselt. Nun spielen ausgerechnet sie die erste Geige bei der Förderung der strategischen Autonomie Europas. Nicht ohne Grund: Frankreich ist Mitglied der Europäischen Union, verfügt über Atomwaffen und produziert Rüstungsgüter. Und nicht zuletzt kann es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, was heute nicht unbedeutend ist, auf eine lange Tradition des Widerstands gegen Washington verweisen.

1966, als wir in der Volksrepublik Polen das tausendjährige Bestehen unserer Staatlichkeit feierten, verkündete General de Gaulle den Austritt Frankreichs aus den integrierten militärischen Strukturen der NATO. Die Amerikaner gerieten in Rage. Aus dem frisch errichteten Gebäude in Paris wurde das Militärhauptquartier kurzerhand nach Brüssel verfrachtet.

Unter Nicolas Sarkozy begann ein Prozess der Rückabwicklung jener souveränistischen Ideen aus den 1960er-Jahren. Doch heute hat der Trumpismus an der Macht die antiamerikanische Tradition General de Gaulles gleichsam mit neuer Wucht belebt. Von der extremen Rechten bis zur extremen Linken scheinen sich alle ernst zu nehmenden politischen Akteure in Frankreich nahezu einig zu sein: „Zeit für strategische Autonomie Europas“, „man darf den Amerikanern nicht nachgeben“ und so weiter.

Deutsche Dilemmata

Auf der anderen Rheinseite blickten die Deutschen kühl auf diese antiamerikanischen Ambitionen. Hinter den französischen Ambitionen verbarg sich meistens der Wunsch, Berlin auf die eine oder andere Weise finanziell abzuzocken, mindestens durch den Verkauf französischer Waffen an Deutschland. Auch die kaum verborgenen Ambitionen in Paris, politisch die Führung eines geeinten Europas zu übernehmen, stießen in Deutschland nur auf mäßige Begeisterung.

Doch der politische Zirkus namens „Trump II“ im Weißen Haus scheint die Grenzen der deutschen Toleranz zu überschreiten. Drohungen, Grönland zu übernehmen, dürften das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Selbst Berlin entsandte symbolisch Truppen auf die von Eis bedeckte Insel.

Das Brummen des russischen Bären und Trumps „Deal-Kunst“ führten dazu, dass Deutschland allmählich begann, sich der französischen Interpretation der europäischen Zukunft zuzuwenden. Und genau hier lohnt es sich, sich kürzlichen Brummton aus Brüssel anzuhören.

Teflon-Bemerkungen

„Teflon-Mark“, wie NATO-Generalsekretär Mark Rutte genannt wird, appellierte am Montag im Europäischen Parlament, den Europäern keine militärischen Märchen mehr zu erzählen.

Nach seinen eigenen, ziemlich hohen Standards des Beschönigens sprach er ungewöhnlich direkt. Vor allem forderte er ein Ende der „Träume“ von einer eigenständigen Sicherung der Sicherheit ohne die Unterstützung der USA. Rutte hält dies für eine gefährliche Illusion. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssten ihre Verteidigungsausgaben deutlich erhöhen.

Man weiß nicht, woher er seine Zahlen hatte, doch der NATO-Generalsekretär in Brüssel sprach von einem Niveau von bis zu 10 % des BIP. Es lohnt sich, sich an Ruttes ausgeprägte „Vaseline-Politik“ gegenüber Donald Trump zu erinnern. Er war es, der Trump auf dem Pausenhof „Papi“ nannte. Dennoch hat Rutte in einem Punkt recht. Die hohen Kosten einer strategischen Autonomie Europas wären politisch kaum tragbar – Achtung – besonders in Ländern wie Deutschland oder Frankreich. Ein Sprung von etwa 2 % auf 10 % des BIP würde sämtliche Parteien hinwegfegen, die in Friedenszeiten den Wählern eine solche Lösung vorschlagen würden.

Hohe Verteidigungsausgaben in Ländern wie Polen oder Estland hängen direkt mit einem ausgeprägten Sicherheitsgefühl zusammen, das im westeuropäischen Raum nicht existiert. Daher stellte Rutte klar, dass

Artikel 5 des Nordatlantikvertrags weiterhin gilt, und sprach sich gegen die Idee einer europäischen Armee aus, die die USA ersetzen könnte.

Zwei unsichere Pfeiler

Und hier zeigt sich, in welcher neuen Situation sich Polen derzeit befindet. Selbst wir jenseits der Weichsel hegen Zweifel, ob Donald Trump im Ernstfall tatsächlich bereit wäre, uns beizustehen. Als russische Drohnen in polnisches Gebiet eindrangen, relativierte er diese Verletzung unseres Territoriums. Es wäre daher vernünftig, auf eine europäische Armee zu setzen. Doch dieses Szenario, so militärisch sinnvoll es auch erscheint, zerrinnt wie Wasser in den Händen.

Es ist also nicht so, dass wir zwei unverrückbare Pfeiler der Verteidigung hätten. Vielmehr haben wir zwei unsichere Pfeiler der Sicherheit. Der eine ist Artikel 5 der NATO, der andere, bilateral geschnürt aus verschiedenen Abkommen, zuletzt mit Frankreich in Nancy. In dieser Lage sollte Warschau seine diplomatischen Fähigkeiten sowohl in den USA als auch in Europa bis zum Äußersten ausspielen. Solidarität für sich gewinnen gegen alle Widerstände. Alles andere kommt nicht infrage.

Eine interessante Situation entsteht, wenn von diesem Standpunkt aus betrachtet die innerpolnischen parteipolitischen Spaltungen plötzlich objektiv an Bedeutung verlieren. Doch nicht nur sie. Mit Ruttes Sichtweise hat die Militärpolitik des Alten Kontinents überhaupt keine Bedeutung. Es fällt daher schwer, ihr ohne Widerstand zu folgen.

Zsfg.: AV

https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-dyrdymaly-o-bezpieczenstwie-europy,nId,22544123

wyborcza.pl

„Leichterer Zugang zu Schusswaffen, Polens Austritt aus der EU.“ Konfederacja schafft eine Wahlplattform

Quelle: Mateusz Skwarczek / Agencja Wyborcza

*Von **Tomasz Nyczka***

Konfederacja geht davon aus, 2027 an der Regierungsbildung beteiligt zu sein, und bereitet ein Wahlprogramm vor. Anhänger und Experten der Konfederacja fordern unter anderem die Schließung von Arbeitsämtern, die Entfernung von Geschwindigkeitskameras, höhere Geschwindigkeitsbegrenzungen und die Aufhebung des Gesetzes zur Alkoholprävention.

Projekt27 ist der Name der Initiative und Online-Plattform, auf der der Bundesverband Ideen für die Parlamentswahlen im nächsten Jahr sammelt. Die Partei hat Politiker, Experten und Unterstützer für die Mitarbeit an dem Programm gewonnen.

Mentzen: „Ich lade jeden von Ihnen ein, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Sie können Ideen vorschlagen, diese kommentieren, bewerten und sich als Experten einbringen. Ziel des Projekts ist es, uns bei der Erstellung einer Wahlplattform für 2027 zu unterstützen.“

„Ich weiß ein paar Dinge, aber nicht viele. Deshalb kann ich kein eigenes Programm entwerfen und benötige eure Hilfe“, sagt einer der Gruppenleiter und lädt alle zur Teilnahme an dem Projekt ein. Der Politiker erklärt, dass er bei der Erstellung seines Wahlprogramms anders vorgegangen sei als andere Parteien. „Man muss anders denken und handeln. Deshalb wollte ich eine Plattform schaffen, auf der jeder

seine Ideen einreichen kann, die dann von Experten geprüft und gegebenenfalls aufgegriffen werden“, sagt er.

Das Wahlprogramm der Konfederacja: „Privatisierung von TVP und Polnischem Rundfunk, Auflösung der Arbeitsämter“

Das Programm ist in 18 Kategorien unterteilt, jede mit eigener Leitung und eigenen Experten. Die Leitung der Kategorie EU- und Handelspolitik übernimmt die Europaabgeordnete Anna Bryłka, die laut Mentzen „mehr über die Funktionsweise der EU weiß als die überwiegende Mehrheit unserer Politiker“. Mentzen selbst ist für die öffentlichen Finanzen zuständig, Przemysław Wipler für die Deregulierung und der Abgeordnete Bartłomiej Pejo für die Digitalisierung.

Ferner ist der Abgeordnete Witold Tumanowicz Vorsitzender der Kategorie Parteien, Wahlen und Wahlgesetzgebung, der Bürgermeister von Bełchatów, Patryk Marjan, ist für die Kommunalverwaltung zuständig, der Abgeordnete Marcin Możdżonek ist für die Umwelt zuständig, Kultur ist das Gebiet des Abgeordneten Bronisław Foltyn, Tomasz Rzymkowski ist für die Justiz zuständig und Dobromir Sośnierz wird sich mit der Einwanderung befassen.

Die von Experten zur weiteren Diskussion empfohlenen Vorschläge wurden bereits eingereicht und vom Bundesverband vorläufig gebilligt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sie ins Parteiprogramm aufgenommen werden. „Wir werden nicht erst eine Woche vor der Wahl Ideen sammeln. Dann müssen wir über Details sprechen“, betont Mentzen.

Es ist bekannt, dass der Bund Folgendes empfiehlt:

- Auflösung der Arbeitsämter
- Abschaffung der Landkreise und Erhöhung der Anzahl der Woiwodschaften
- Abschaffung der Geschlechterquoten auf den Wählerlisten
- Beseitigung der Zeitumstellung
- das Recht, die Teilnahme an obligatorischen Volkszählungen zu verweigern
- Aufhebung des gesetzlichen Rauchverbots in Restaurants
- Abschaffung der Belka-Steuer
- Verbot der Visavergabe an Ausländer aus Ländern, mit denen Polen kein Rückübernahmeabkommen hat.
- Einführung einer bedingten Vorfahrt für Fußgänger – Fußgänger haben Vorfahrt, sofern sie vor dem Betreten des Überwegs angehalten haben.
- Wegfall der Haftung des Fahrers für Passagiere, die keine Sicherheitsgurte tragen
- das Überfahren der durchgezogenen Linie beim Überholen von Radfahrern zu erlauben
- Entzug des Rechts der Kommunen, Umweltzonen einzurichten
- Abschaffung der Kommunikationsprivilegien für Elektrofahrzeuge
- Privatisierung von TVP, Polnischen Rundfunk, PAP und Polska Press
- Abschaffung der Rundfunk- und Fernsehgebühr
- Bau eines Kernkraftwerks in Polen
- Streichung der Bestimmung aus dem Gesetz über die Erziehung zur Nüchternheit, die es den Gemeinderäten erlaubt, ein „Nachtverbot“ einzuführen
- Abschaffung der Verbrauchssteuer auf E-Zigaretten

Auch Parteianhänger reichten ihre Vorschläge ein. „Wenn eine der Ideen eine signifikante Anzahl an Stimmen erhält, werden unsere Experten sie prüfen, um zu entscheiden, ob sie in unser Programm aufgenommen oder angepasst werden soll“, erklärt Mentzen.

Die Anhänger der Konfederacja fordern die Abschaffung der Einkommensteuer, des Nationalen Gesundheitsfonds (NFZ), der Krankenversicherungsbeiträge und des Mindestlohns. Sie wollen die Sozialversicherungsbeiträge beenden, das Renteneintrittsalter angleichen und staatliche Unternehmen privatisieren.

Weiterhin wollen die Anhänger der Konföderation unrentable Bergwerke schließen, ein Referendum abhalten und die Europäische Union verlassen, das Europäische Parlament auflösen, die Lebensmittelimporte aus der Ukraine begrenzen, die Beschränkungen für den Kauf von Munition aufheben und den Zugang zu Schusswaffen erleichtern. Es gab auch Vorschläge, Blitzer zu entfernen und die Geschwindigkeitsbegrenzungen zu erhöhen. Andere fordern die Abschaffung der Schulbehörden, die Aufhebung des Gesetzes zur Alkoholprävention und die Abschaffung des Mieterschutzes.

Wipler: „Ohne die Konfederacja kann man keine Regierung bilden.“

Der Abgeordnete der Konfederacja, Przemysław Wipler, erklärt, dass die Partei für den Fall einer zukünftigen Koalitions- und Regierungsbildung nach den Wahlen bereit sein wolle, Reformen umzusetzen. Daher der Name der Initiative: „Projekt 27“.

Wipler: „Die Konfederacja verheimlicht nicht, dass sie in zwei Jahren im Rahmen einer politischen Konstellation die Verantwortung für die Regierung Polens übernehmen und mit der Umsetzung des Programms beginnen will, an dem sie derzeit arbeitet.“

Der Politiker ist überzeugt, dass seine Partei nach den nächsten Parlamentswahlen die Schlüsselrolle spielen wird, da eine Regierungsbildung ohne die Konfederacja wohl unmöglich sein wird. Diese Partei wird für die Lösung dieses Puzzles von entscheidender Bedeutung sein.

„Wirwollen mehrere hundert, vielleicht sogar noch mehr, konkrete Dinge aufstellen, die wir nach unserem Eintritt in die Regierung auch wirklich umsetzen wollen“, sagte Wipler der polnischen Presseagentur.

Die Ideen müssen von beiden Parteien akzeptiert werden

Die Konfederacja setzt sich aus zwei Parteien zusammen: Sławomir Mentzens „Nowa Nadzieja“ und Krzysztof Bosaks „Ruch Narodowy“. Daher werden beide Parteien an der Entwicklung neuer Programmpunkte mitwirken. Zuerst wird eine Partei die Vorschläge annehmen, dann die andere. Erst dann wird aus einem solchen Vorschlag ein konkretes Programm.

Einige der Wahlvorschläge werden voraussichtlich von keiner der beiden Parteien angenommen, da zwischen ihnen erhebliche programmatische Unterschiede bestehen. Dies betrifft unter anderem ihre Haltung zu Sozialleistungen und zum Steuersystem. „Nowa Nadzieja“ ist eher liberal eingestellt, während „Ruch Narodowy“ sozial orientiertere Ansichten vertritt und der PiS nähersteht.

Vorsitzender Jarosław Kaczyński nutzt diese Differenzen seit Langem aus, indem er Mentzen angreift und Bosak lobt. Auf diese Weise versucht er, einen Keil in die Konfederacja zu treiben.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7,75398,32555095,konfederacja-tworzy-program-wyborczy-w-internecie-zwolennicy.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy

Insbesondere aus den Hauptstädten der nordischen Länder fließen auf diplomatischen Kanälen bittere Worte nach Warschau

Quelle: Sławomir Kamiński / Agencja Wyborcza

*Von **Mateusz Mazzini***

Der Gewinn der USA aus der vor drei Wochen durchgeführten Militäroperation in Caracas beläuft sich bislang auf eine halbe Milliarde Dollar. Zu diesem Preis wurde die erste Tranche venezolanischen Öls versteigert, die das in Genf registrierte Rohstoffhandelsunternehmen Vitol erwarb.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung dieser Information berichtete die Financial Times, dass eine Führungsposition bei Vitol von John Addison bekleidet wird, der im Jahr 2024 sechs Millionen Dollar für den Wahlkampf von Donald Trump gespendet hatte. Das schockiert inzwischen niemanden mehr, zumal in der aktuellen US-Administration Korruption vollständig normalisiert worden ist und zugleich ein beispielloses Ausmaß erreicht hat. Deutlich interessanter ist jedoch, was mit den Einnahmen aus der Auktion geschehen ist, denn 500 Millionen sind selbst für Trump noch immer eine sehr große Summe.

Wie das Portal Semafor unter Berufung auf zwei Quellen aus der Administration enthüllte, wurde ein erheblicher Teil dieser Summe nicht auf Konten des amerikanischen Staatsschatzes eingezahlt, sondern auf ein von den USA kontrolliertes Bankkonto, das in Katar registriert ist. Die Erklärungen dafür waren recht verschlungen: Die Informanten von Semafor erinnerten daran, dass venezolanisches Öl Sanktionen unterliegt und man daher mit den Erlösen aus seinem Handel vorsichtig umgehen müsse. Katar wiederum sei ein verbündeter Staat, der die Einnahmen aus der Auktion nicht konfiszieren werde und sie, wenn es

nötig sei, an die amerikanische Seite weiterleiten könne. Man muss wohl niemandem erklären, dass die Formulierung „die amerikanische Seite“ in diesem Fall schlicht Donald Trump selbst bedeutet.

An die Geschichte vom Verkauf venezolanischen Öls und der Überweisung auf ein Konto in Katar sollte man im Zusammenhang mit der derzeit in Polen geführten Debatte über eine Beteiligung an dem von Trump in Davos gegründeten Friedensrat erinnern. Direkt eingeladen wurde Präsident Karol Nawrocki, was zweifellos nicht nur das Ego des Staatsoberhaupts, sondern auch das der meisten PiS-Politiker gestreichelt hat. Die Einladung verlor jedoch rasch ihren Reiz, als sich herausstellte, dass in dem Rat auch Wladimir Putin sitzen sollte. Schon allein das zerstreut alle Zweifel zugunsten des angeblich ‚friedlichen‘ Charakters von Trumps neuem Vorhaben.

So wurden wir Zeugen öffentlicher Wortgefechte zwischen dem Umfeld des Präsidenten und der Regierung, insbesondere dem Außenministerium. Der Leiter des Präsidialbüros für internationale Politik, Marcin Przydacz, konnte es kaum erwarten, eine Stellungnahme des Ministeriums zu erhalten, kritisierte anschließend jedoch die Qualität der aus der Aleja Szucha übersandten Materialien. Die Regierungsseite erinnerte ihrerseits daran, dass der Adressat der Einladung Nawrocki gewesen sei. Beamte des Außenministeriums rieten in inoffiziellen Gesprächen spitzfindig, die Frage, ob Polen dem Rat beitreten werde, an den Präsidentenpalast zu richten.

Der Präsident hingegen schlüpfte plötzlich in die Rolle eines Hüters der verfassungsmäßigen Ordnung und erinnerte die Öffentlichkeit daran, dass eine solche Entscheidung eine Debatte im Parlament, eine Verständigung mit der Regierung sowie eine Abstimmung erfordere.

Unterdessen begannen weitere europäische Staats- und Regierungschefs, sich von der von den Amerikanern vorgeschlagenen Initiative zurückzuziehen, und der kanadische Premierminister Mark Carney wurde sogar wieder „ausgeladen“, als Vergeltung für seinen viel beachteten, eher antiamerikanischen Auftritt beim Weltwirtschaftsforum in Davos.

Mit jeder weiteren Stunde wurde der Friedensrat immer mehr zu einem Club von Autokraten, die sogar bereit waren, eine Milliarde Dollar für eine ständige Mitgliedschaft zu zahlen. Und als es bereits so schien, als würde Polen die Einladung nicht annehmen, ließ Premierminister Tusk erkennen, dass die Sache noch nicht entschieden sei und der Frage eines Beitritts zum Rat höchstwahrscheinlich eine eigene Parlamentsdebatte gewidmet werde. Später enthüllte Polsat News, Karol Nawrocki habe Trump eine Gegenofferte unterbreitet: Polens Beteiligung an dem neuen Gremium im Austausch für einen dauerhaften Stützpunkt der US-Armee auf polnischem Gebiet. Einige Medien und Kommentatoren lobten dieses Manöver umgehend und bezeichneten es als sehr klugen Verhandlungsschritt des Präsidenten, da es zu relativ geringen Kosten die amerikanische Militärpräsenz in Polen und damit unsere gesamte Sicherheit erhöhen würde.

Solche Kommentare jedoch kann man getrost als Anwärter auf den Preis für die dümmsten medialen Aussagen des Jahres bezeichnen, und wir haben erst Januar. Ein Beitritt zu Donald Trumps Friedensrat wäre für Polen eine strategische Katastrophe, selbst wenn er kostenfrei zu haben wäre. Dieses Projekt zielt nicht auf die Umsetzung irgendwelcher friedensstiftender Maßnahmen ab, es ist nicht einmal eine diplomatische Initiative. Es handelt sich um ein privates, kommerzielles Vorhaben Trumps, aufgebaut auf Hass gegen die nachkriegszeitliche, multilaterale Weltordnung und auf dem grenzenlosen Drang des amerikanischen Präsidenten, in seiner zweiten Amtszeit Geld zu verdienen und andere Länder dazu zu zwingen, ihm zu huldigen.

Hört man auf die Erklärungen der amerikanischen Administration, wurde der Rat ins Leben gerufen, um in Gaza eine technokratische Verwaltung zu errichten und das Gebiet nach dem Konflikt mit Israel wiederaufzubauen. Das Problem ist nur: In der Satzung der Organisation wird Gaza ebenso wenig erwähnt wie Palästina, ihnen sind lediglich bereits eingerichtete Unterkommissionen gewidmet, oder vielmehr: Investitionsfonds, die unter anderem von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner geleitet werden. Das legt sofort den Schluss nahe, dass Trump den Friedensrat nicht braucht, um Hotels an der palästinensischen Küste zu errichten, sondern um überall dort seine eigene Ordnung durchzusetzen, wo er es für richtig hält.

Zudem erinnert die gesamte Struktur des Rates eher an ein Unternehmen aus dem Portfolio der Trump Organization als an eine multilaterale Organisation, in der die Mitglieder gleichberechtigt sind. Denn die Mitgliedstaaten sollen zwar jeweils für eine dreijährige Amtszeit vertreten sein, doch nur gegen eine Milliarde Dollar erhält man einen permanenten Sitz, andernfalls entscheidet über die Verlängerung des Mandats persönlich der Generalsekretär des Rates, also … Donald Trump. Er kann außerdem jederzeit jedes Mitglied aus dem Rat werfen, die Vetoschwelle liegt bei zwei Dritteln und ist in der Praxis unerreichbar. Trump hingegen kann sich im Rat verhalten wie in seiner Lieblings-Realityshow The Apprentice, in der er Kandidaten, Praktikanten in seinen Firmen, feuerte. Jetzt kann er einem Präsidenten oder Premierminister sagen: „You're fired."

Beschlüsse sollen zwar mit einfacher Mehrheit gefasst werden, doch Trump räumt sich das Recht ein, sie zu ignorieren. Er kann über alles persönlich entscheiden, die tatsächliche Handlungsfähigkeit einzelner Mitglieder ist reine Illusion. Und angesichts der Tatsache, dass Belarus, Kasachstan, Saudi-Arabien, das Argentinien Javier Mileis oder Viktor Orbáns Ungarn die Einladung bereits angenommen haben, lässt sich leicht erkennen, dass Staaten mit Vorbehalten gegenüber liberalen Demokratien problemlos eine Mehrheitskoalition bilden werden. In der Praxis kann die Mitgliedschaft in Trumps Rat also viel Geld kosten und absolut nichts bringen, außer der Legitimierung seiner nächsten, völkerrechtswidrigen Ideen.

Als das wären:

- Der gewaltsame Sturz des Regimes auf Kuba und die „Übernahme" der Insel durch die USA, gefolgt von einer Investitionsunterkommission zugunsten Havannas? Bitte sehr.
- Der Abschuss von Raketen auf mexikanisches Territorium und die Nutzung des Rates zur Abrechnung mit Drogenkartellen? Sehr wahrscheinlich.
- Die Erzwingung einer Öffnung Grönlands für den Abbau seltener Erden durch amerikanische Unternehmen, durchgeführt mithilfe des Friedensrates? Das ist keineswegs ausgeschlossen.
- Und schließlich – für Polen am wichtigsten – ein bilaterales Abkommen Trumps mit Putin, das zu einem für Kiew nachteiligen Frieden in der Ukraine führt, nur damit der Friedensrat anschließend die Rekonstruktion des Landes überwachen und dabei ukrainische Bodenschätze konfiszieren kann?

Wenn Polen dieser Initiative beitreten würde, hätte es keinerlei Chance, für sich nachteilige Entscheidungen zu blockieren. Und das Risiko, dass solche Entscheidungen getroffen werden, ist gigantisch. Selbst wenn Präsident Nawrocki seine Meinung zur Ukraine änderte und Wolodymyr Selenskyj helfen wollte, könnte er es nicht, weil er von einer Koalition östlicher Autokraten und Königshäuser des Persischen Golfs überstimmt würde. Gleichzeitig würde er die Entscheidungen Trumps legitimieren, allein durch die Tatsache der Mitgliedschaft – bei etwas, das für Polen ohne echten Nutzen ist.

Die gesamte west- und nordeuropäische Welt hat auf einen Beitritt zum Trump-Rat verzichtet, also unsere natürlichen Verbündeten, die im Gegensatz zu Trumps Amerika unsere Wahrnehmung der russischen Bedrohung teilen. Die Verbündeten sind, muss man hinzufügen, zunehmend enttäuscht und frustriert über Polens Auftreten auf internationalem Parkett. Besonders aus den Hauptstädten der nordischen Länder erreichen nun über diplomatische Kanäle bittere Worte Warschau. Zwar unterzeichnete Tusk eine europäische Erklärung zur Unterstützung Dänemarks, als Trump noch mit der gewaltsamen Übernahme Grönlands drohte, doch es blieb bei Worten. Polen entsandte nicht einmal symbolische Truppen auf die Insel, während das viele Male kleinere Estland sich wiederholt zur Teilnahme an der NATO-Mission in Grönland bereit erklärte.

Einige europäische Diplomaten, mit denen ich in der vergangenen Woche gesprochen habe, sagten mir ganz offen, dass es von polnischer Seite heuchlerisch sei, großes Engagement in der Ukrainefrage zu verlangen, während wir für Dänemark und Grönland nichts tun konnten, außer eine Unterschrift zu leisten. Gleichzeitig stellt sich plötzlich heraus, dass wir bereit sind, in Trumps politisches Reality-Show-Format einzusteigen, und das ausgerechnet in dem Moment, in dem sich in Europa ein harter Kern entschlossenen Widerstands gegen den amerikanischen Imperialismus formiert.

Diese Geschichte lässt sich leicht rationalisieren, wenn man sie durch das Prisma der Innenpolitik betrachtet: Nawrocki glaubt blind an amerikanische Sicherheitsgarantien und hat zudem die Gelegenheit, Tusk politisch in die Enge zu treiben. Der Vorsitzende der Bürgerkoalition und „eiserne Premier“ wiederum kann öffentlich nicht allzu deutlich protestieren, denn die polnische Gesellschaft steht Trump bei weitem nicht so kritisch gegenüber wie die Deutschen, Italiener oder Franzosen, und unsere Sicherheit hängt weiterhin von den Amerikanern ab. Ihre Soldaten haben wir, vorerst rotierend, auf unserem Territorium, von ihnen kaufen wir Rüstungsgüter. Zudem liegen wir näher an Russland und an der Front als Dänemark, Frankreich oder Großbritannien.

All das ist nachvollziehbar. Dennoch müssen die polnischen politischen Eliten weiterdenken als nur bis zum Horizont der nächsten Wahlen. In einer Welt ohne Regeln, in der nackte Gewalt und Krieg nach Europa zurückgekehrt sind, sollte Sicherheit der oberste Wert sein, geschützt vor kurzfristigen politischen Auseinandersetzungen. Auf dem Papier mag eine Freundschaft mit Trump gut aussehen, manchen mag sie beeindrucken, so wie die Zahlung einer hohen Summe für die Möglichkeit, sich mit einem Prominenten fotografieren zu lassen. In der Praxis jedoch ist es ein Schuss ins eigene Knie. Einen solchen Schuss können wir uns nicht leisten, nicht nur, weil er eine Milliarde Dollar kostet.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32552324,mazzini-zwlaszcza-ze-stolic-krajow-nordyckich-kanalami-dyplomatycznymi.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy

ZITAT DER WOCHE

Quelle: Filip NaumienkoReporter

„Hey, großer Mann, warum hinderst du die Russen nicht daran,
Starlink für Angriffe auf ukrainische Städte zu nutzen?“

Fragte Außenminister **Radosław Sikorski** Elon Musk

Quelle: https://wydarzenia.interia.pl/ukraina-rosja/news-sikorski-uderzyl-w-muska-zarabianie-pieniedzy-na-zbrodniach,nld,22544204

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

de.euronews.com

ICE-Beamte erschießen Alex Pretti, Tarczynski aus Polen: „Gute Arbeit"
https://de.euronews.com/2026/01/27/ice-alex-pretti-tarczynski-polen

---

welt.de

Auschwitz-Überlebende warnen vor Hass – Polens Präsident fordert deutsche Kriegsreparationen
https://www.welt.de/politik/ausland/article6978f0a3fe9fcdf90e7cb816/auschwitz-ueberlebende-warnen-vor-hass-polens-praesident-fordert-deutsche-kriegsreparationen.html

---

merkur.de

Polen hat die größte Armee der EU aufgebaut, aber die Bedrohung hat sich verändert
https://www.merkur.de/politik/polen-hat-die-groesste-armee-der-eu-aufgebaut-aber-die-bedrohung-hat-sich-veraendert-zr-94143386.html

---

de.euronews.com

Atom an der Ostsee: Polens Energie-Wende nimmt Fahrt auf
https://de.euronews.com/2026/01/27/atom-ostsee-polen-energie-wende

---

t-online.de

Polen verhängt erste Fahrverbote für beliebte E-Autos
https://www.t-online.de/mobilitaet/aktuelles/id_101099774/e-autos-polen-verhaengt-fahrverbote-wegen-spionageverdacht.html

---

fr.de

Polen hat die größte Armee der EU aufgebaut, aber die Bedrohung hat sich verändert
https://www.fr.de/politik/polen-hat-die-groesste-armee-der-eu-aufgebaut-aber-die-bedrohung-hat-sich-veraendert-zr-94143386.html

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

https://forumdialog.eu/

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

http://www.polen-und-wir.de/

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus